



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

30.01.2025	Elbe-Jeetzel-Zeitung: Nur für vorhandene Castoren	3
30.01.2025	Brunsbütteler Zeitung: Endlagersuche betrifft auch Dithmarschen	4
29.01.2025	NDR: Kein weiterer Atommüll für das Zwischenlager Gorleben	6

Autor/-in: VON KARL-FRIEDRICH KASSEL
Seite: 4 bis 4
Rubrik: LOKALES

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 025, 2025
Auflage: 9.281 (gedruckt) ¹ 10.020 (verkauft) ¹
 10.312 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,014 (in Mio.) ²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Nur für vorhandene Castoren

BASE und BGZ informierten über Stand der Vorbereitungen für das Genehmigungsverfahren für eine längere Zwischenlagerung

Hitzacker. Gleich mit neun Fachleuten waren die zuständigen Behörden und Betreiber am Dienstag angereist, um einem interessierten Publikum in Hitzacker den Fortgang der Genehmigung für eine verlängerte Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle im Gorleben-Zwischenlager darzustellen. Denn die Genehmigung für die Einlagerung der Castorbehälter läuft 2034 aus. Bis dahin wird es kein deutsches Endlager geben, in das der hoch radioaktive Abfall gebracht werden könnte. Deshalb soll die Zwischenlagerung länger dauern als bisher genehmigt. Dafür muss es ein neues Genehmigungsverfahren geben. Den Antrag dazu werde man 2026 stellen, kündigte Matthias Heck vom Zwischenlagerbetreiber BGZ (Bundgesellschaft für Zwischenlagerung) in Hitzacker an.

Schon vorher hat die Gesellschaft eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beantragt. Zu den zu prüfenden möglichen Störfällen sollen nach Angaben von Christoph Bunzmann von der Genehmigungsbehörde BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) auch Flugzeugabstürze gehören. Für diesen Prüfungsprozess sind drei Jahre bis 2028 veranschlagt. Auf Nachfrage vom Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke, bestätigte Bunzmann, dass in Gorleben keine heiße Zelle geplant sei. Für den Fall, dass ein Castorbehälter schadhaft wäre, habe man ein Reparaturkonzept

entwickelt, das für das Zwischenlager Biblis bereits genehmigt sei und jetzt für Gorleben angepasst werden müsse.

Keine weiteren Transporte

Der Genehmigungsantrag für eine längere Zwischenlagerung werde ausschließlich die bereits in Gorleben stehenden 113 Castorbehälter betreffen, kündigten BGZ- und BASE-Vertreter an. Damit wandten sie sich gegen Befürchtungen, dass es zu weiteren Castortransporten aus anderen Lagern nach Gorleben kommen könnte. Die Bürgerinitiative wies auf entsprechende Transportplanungen für Ahaus hin. Zusätzliche Mengen an radioaktivem Abfall für Gorleben seien durch den Genehmigungsantrag ausgeschlossen, erklärte dagegen BGZ-Vertreter Heck. Eine Zusammenlegung von Zwischenlagern wäre ohnehin sinnlos, meinte BGZ-Standortreferent Tristan Zielinski. Die Beschränkung der Genehmigung auf die bereits vorhandenen Castorbehälter rechnet sich die Bürgerinitiative als ihr Verdienst an.

Landrätin Dagmar Schulz (parteilos) wollte wissen, ob es bei dem Antrag um eine neue Genehmigung oder um die Verlängerung der bestehenden geht. Aus Sicht von Antragsteller BGZ und Genehmigungsbehörde BASE ist diese Unterscheidung jedoch nicht relevant. In beiden Fällen müssten die gleichen Anforderungen erfüllt werden, hieß es. Eine weitere Nachfrage betraf den Zeit-

punkt der Umweltverträglichkeitsprüfung. Die wurde bereits jetzt vor dem eigentlichen Genehmigungsantrag beantragt. Könnte es sein, dass damit spätere Einwendungen gegen die UVP keine Beachtung mehr fänden?, lautete eine Frage. Die Antwort war ein eindeutiges Nein.

Aufregung über Äußerung

Anlass zur Aufregung gab eine Äußerung von BASE-Vertreter Bunzmann. Der hatte erklärt, es gebe bei der verlängerten Zwischenlagerung kaum offensichtliche Auswirkungen. Über diese Äußerung sei sie angesichts von Zeiträumen von 80 oder 100 Jahren entsetzt, meinte Asta von Oppen von der Rechtshilfe Gorleben. Das sei ein Missverständnis, erklärte Bunzmann. Er habe offensichtliche Auswirkungen gemeint, wie sie üblich in einer UVP vorkommen, Auswirkungen auf Boden, Luft oder Wasser. Im Falle Gorleben fänden alle Prozesse innerhalb einer Halle statt.

BI-Vorsitzender Martin Donat forderte BGZ und BASE auf, von der Realität auszugehen und lange Zeiträume für die Zwischenlagerung zur Grundlage der Prüfungen zu machen. Nur dann könnte man sie ernst nehmen. Nach Ansicht von BASE-Vertreter Bunzmann müsse alles daran gesetzt werden, dass alle Zwischenlager in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts aufgelöst werden können.

Abbildung: Infos zum Stand eines Genehmigungsverfahrens für eine verlängerte Zwischenlagerung von Atommüll gab es von Behördenvertretern und Betreibern, wie Christoph Bunzmann vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Fotograf/-in: Foto: K.-F. Kassel

Wörter: 544

Seite: 17

Auflage: 1.833 (gedruckt)¹ 2.105 (verkauft)¹
2.117 (verbreitet)¹

Ressort: Dithmarschen

Reichweite: 3.770²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2024² von PMG gewichtet 7/2024

Endlagersuche betrifft auch Dithmarschen

Die Frage nach einem Endlager für Atommüll betrifft auch Dithmarschen. Zwei Teilgebiete sind immer noch im Rennen.

Heide

Die Suche nach dem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland läuft seit Jahrzehnten, 2017 strukturierte die Bundesregierung den Prozess durch das Standortauswahlgesetz neu. Ziel ist es, bis in die 2040er Jahre eine Region zu bestimmen, die die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten kann.

Mit dem Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes 2017 begann ein mehrstufiges Verfahren, das auf wissenschaftlichen Kriterien basiert. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erfasste deutschlandweit geologisch mögliche Standorte im tiefen Untergrund. Zwischen 2017 und 2020 sammelte sie Daten und analysierte sie, um Regionen mit günstigen geologischen Bedingungen zu identifizieren. Dabei spielte die Beschaffenheit der Wirtsgesteine – Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein – eine zentrale Rolle. Sie haben die Zuschreibung, den strahlenden Schrott für mehrere hunderttausend Jahre sicher einzuschließen. Das Endlager soll in einer Tiefe zwischen 300 und 1500 Metern liegen.

Zudem erarbeitete die BGE gesellschaftliche und wissenschaftliche Kriterien, die eine transparente und nachvollziehbare Standortwahl ermöglichen. 2020 veröffentlichte sie ihren ersten Zwischenbericht, in dem 90 Teilgebiete als potenziell geeignet benannt wurden, darunter große Teile Dithmarschen. Seitdem wird das Suchgebiet schrittweise eingegrenzt. Derzeit befindet sich die Suche in Schritt zwei von Phase I. Für Dithmarschen hat die Suche zwei potenzielle Gebiete mit geeigneten geologischen Strukturen identifiziert beziehungsweise noch nicht ausgeschlossen. Doch bereits jetzt deuten die Untersuchungen darauf hin, dass die Region nicht zu den Endauswahlgebieten gehören wird.

Dithmarschen nicht ganz dicht

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat die im ersten Schritt genannten Gebiete unter die Lupe genommen, darunter auch die in Dithmarschen. Zwei geologische Formationen hat die BGE zunächst als mögliche Wirtsgesteine in Betracht gezogen: Steinsalz in steiler Lagerung sowie Tongestein aus dem Zeitalter Tertiär.

Jedoch gibt es erhebliche Probleme. Das Deckgebirge der Region weist viele Störungen auf, verursacht durch Salzdiapiere. Salzdiapiere sind pilzförmige Strukturen aus Steinsalz, die durch Druck aus tieferen Erdschichten langsam nach oben gewandert sind. Dieser Prozess kann das umgebende Gestein aufreißen und die Stabilität der Schichten beeinträchtigen. In Dithmarschen ist dadurch die mindestens 300 Meter breite Deckschicht bis zum Erdboden nicht mehr sichergestellt. Dazu kommen diverse Erdölbohrungen, die Löcher in das „Deckgebirge“ gerissen haben. Erdgeschichtliche Vorgänge wie Eiszeiten oder tektonische Bewegungen haben zusätzlich zur Zerstörung von Deckschichten beigetragen.

Auch die geologische Beschaffenheit des Tongesteins in der Region ist fraglich. Das Material ist zu jung und zu wenig kompakt, um über eine Million Jahre hinweg eine sichere Barriere gegen radioaktive Strahlung zu bilden. Tertiäres Tongestein, das in dieser Region in Betracht gezogen wird, ist eine Gesteinsart, die aus einem geologischen Zeitalter stammt, das zum Ende der Kreidezeit vor etwa 65 begann und bis vor 2,6 Millionen Jahren dauerte. Es handelt sich dabei um Sedimentgestein, das vor allem aus Tonmineralien besteht und aufgrund seiner hohen Dichte und geringen Durchlässigkeit von Gasen und Flüssigkeiten als potenzieller Kandidat für ein Endlager angesehen wird. Die Dichte und die Schichtstruktur dieses

Gesteins könnten verhindern, dass radioaktive Stoffe leicht durchdringen können.

Allerdings gibt es Bedenken bezüglich der geologischen Eigenschaften in Dithmarschen. Das Material in der Region ist zu jung und nicht kompakt genug, um über eine Million Jahre hinweg eine stabile und zuverlässige Barriere gegen radioaktive Strahlung zu bilden, lautet das Urteil der BGE. Besonders in geologisch aktiven Gebieten, in denen natürliche Prozesse wie Erosion oder tektonische Bewegungen vorkommen, könnte das Tongestein unter Stress geraten und seine isolierende Wirkung verlieren. Diese Unsicherheiten werfen ernsthafte Zweifel auf die langfristige Sicherheit des Materials und die Eignung der Region für ein Endlager.

Entscheidung rückt näher

Die BGE hat im November 2024 einen neuen Sachstandsbericht veröffentlicht. Darin wurde festgehalten, dass viele Teilgebiete mit Steinsalz als Wirtsgestein aus dem Verfahren herausfallen. Für Dithmarschen bedeutet das: Die Region bleibt zwar noch im Auswahlprozess. Die Möglichkeiten, dass ein Endlager an der Westküste Schleswig-Holsteins entsteht, verkommen allerdings immer mehr zu theoretischen. Es spricht viel dafür, dass die Phase II bereits ohne die Dithmarscher Gesteinschichten überprüft wird.

Bis 2027 sollen die verbleibenden Teilgebiete weiter eingegrenzt werden. Anschließend wählt der Gesetzgeber einige wenige Regionen für oberirdische Untersuchungen aus. Danach folgt die unterirdische Erkundung, bevor ein finaler Standort vorgeschlagen wird. Obwohl Dithmarschen derzeit noch im Verfahren ist, hält Dr. Malte Lorenz, Fachdienstleiter Wasser, Boden und Abfall beim Kreis Dithmarschen für sehr unwahrscheinlich. Karten zu Gesteinsvorkommen, die in

der Endlagersuche berücksichtigt werden, hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung unter [kurz.sh/endlager](https://www.kurz.sh/endlager) veröffentlicht.

Abbildung: Gorleben ist raus. Dort lagern die Behälter mit hochradioaktiven Abfällen im atomaren Zwischenlager. Ein Endlager in Deutschland wird gesucht. Foto: Schuldt

Wörter: 734

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Boyens Medien

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

Kein weiterer Atommüll für das Zwischenlager Gorleben

29. Januar 2025 16:24 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 29.01.2025 16:24 Uhr In Zukunft sollen keine weiteren Castorbehälter mit **Atommüll** ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden. Das hat die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (**BGZ**) am Mittwoch versichert.

Mit der Entscheidung gegen weitere **Atommülltransporte** nach Gorleben ist entsprechenden Forderungen aus Bayern eine Absage erteilt worden. Dort hatten zuletzt mehrere Landräte verlangt, weitere Castorbehälter ins Zwischenlager in Gorleben zu bringen und dafür Lager an den AKW-Standorten aufzulösen. Die Kommunalpolitiker der CSU und der Freien Wähler begründeten ihren Vorstoß im Kern damit, dass ein Zwischenlager besser zu schützen sei als mehrere. In Deutschland lagert der hochradioaktive **Atommüll** in insgesamt 16 Zwischenlagern. Diese Lager wurden für 40 Jahre genehmigt.

Genehmigung für Gorleben soll verlängert werden

Die Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben läuft im Jahr 2034 aus. Die **BGZ** hat am Mittwoch angekündigt, eine Verlängerung zu beantragen, allerdings beschränkt auf die bereits vorhandenen 113 Behälter und deren Inventar. Eine verlängerte Zwischenlagerung ist notwendig, da frühestens Mitte des Jahrhunderts ein **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle benannt werden soll. Danach wird es noch mehrere Dekaden dauern, bis alle Behälter an dieses **Endlager** abgegeben sind.

Weitere Informationen

Schlagwörter zu diesem Artikel Beitrag teilen Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse: